



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 9

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 166. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 25. Mai 2016

FÜR EINE GERECHTE FINANZIERUNG DER ELEMENTARBILDUNG! AUFGABENORIENTIERUNG IM FINANZAUSGLEICH VERANKERN

Ein ausreichendes Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung und -bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade junge Eltern brauchen qualitativ ansprechende Kinderbildungseinrichtungen, damit sie sich nicht zwischen Kindern oder Karriere entscheiden müssen.

Derzeit sagen 141.400 Eltern, dass sie keiner Erwerbsarbeit nachgehen oder nur Teilzeit arbeiten, weil Kinderbetreuung fehlt. Dagegen braucht es Kinderkrippen und Kindergärten, die für das Berufsleben angemessene Öffnungszeiten anbieten können.

Wichtig ist darüber hinaus, die Qualität abzusichern und durch einen entsprechenden Personal-Kind-Schlüssel sowie eine qualifizierte Ausbildung des Personals zu gewährleisten. Schließlich geht es nicht nur um Betreuung, sondern um elementare Bildung der Kinder.

Kinder mit besonderen Bedürfnissen brauchen eine spezielle Betreuung durch Sonderkindergartenpädagoginnen/Sonderkindergartenpädagogen oder Psychologinnen/Psychologen um ihnen Chancengleichheit für die Zukunft zu gewähren, daher sollte dieser Bereich als Indikator bei der „aufgabenorientierten Verteilung“ unbedingt berücksichtigt werden.

In Österreich sind die Gemeinden für die Elementare Bildung verantwortlich. Da die Elementare Bildung im letzten Jahrzehnt deutlich ausgebaut worden ist, sind die laufenden Kosten für die Gemeinden stark gestiegen.

Die für die Elementare Bildung nötigen finanziellen Mittel bekommen die Gemeinden unter anderem im Rahmen des Finanzausgleichs. Der Finanzausgleich regelt, wie die Gelder aus dem Steuertopf zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden verteilt werden.

Das derzeitige System des Finanzausgleichs ist allerdings verbesserungswürdig: eine Gemeinde bekommt nicht mehr oder weniger Geld, egal, ob sie bei der Elementarbildung ein Spitzen-Angebot hat – oder fast gar keines.

Daher soll unter dem Titel „Aufgabenorientierung“ eine Verbindung zwischen den Einnahmen einer Gemeinde aus dem Finanzausgleich und der angebotenen Leistung geschaffen werden. Im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung ist die Prüfung einer aufgabenorientierten Finanzierung der Elementaren Bildung ebenfalls verankert. Die AK hat mit der von ihr beim KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung beauftragten Studie konkrete Modelle vorgelegt und damit die Grundlage für die Realisierung geschaffen. Dieses Pilotprojekt soll endlich umgesetzt werden!



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert:
Die Umsetzung der „Aufgabenorientierten Finanzierung“ im Finanzausgleich durch ein Pilot-
projekt in der Elementaren Bildung.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig